

Betreff:

Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (**MitBürger für Halle/Neues Forum**) zur Unterlassung von **geschlechterfeindlicher, jugendgefährdender, gewaltverherrlichender und verfassungsfeindlicher Werbung** in der Stadt Halle.

Beschluss:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss wird beauftragt, den Antrag für eine abschließende Entscheidung dem Stadtrat vorzulegen.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, mit der Deutsche Städte-Medien GmbH (DSM) Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, dass keine **geschlechterfeindliche, jugendgefährdende, gewaltverherrlichende und verfassungsfeindliche Werbung** in der Stadt Halle erfolgt.